

Michelsen, Claus; Holtemöller, Oliver; Schmidt, Torsten; Kooths, Stefan;
Wollmershäuser, Timo

Article

Industrie in der Rezession – Wachstumskräfte schwinden

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Michelsen, Claus; Holtemöller, Oliver; Schmidt, Torsten; Kooths, Stefan;
Wollmershäuser, Timo (2019) : Industrie in der Rezession – Wachstumskräfte schwinden,
Wirtschaftsdienst, ISSN 1613-978X, Springer, Heidelberg, Vol. 99, Iss. 10, pp. 693-696,
<http://dx.doi.org/10.1007/s10273-019-2515-8>

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/213766>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen
Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle
Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich
machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen
(insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten,
gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort
genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your
personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial
purposes, to exhibit the documents publicly, to make them
publicly available on the internet, or to distribute or otherwise
use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open
Content Licence (especially Creative Commons Licences), you
may exercise further usage rights as specified in the indicated
licence.*

Claus Michelsen, Oliver Holtemöller, Torsten Schmidt, Stefan Kooths, Timo Wollmershäuser

Industrie in der Rezession – Wachstumskräfte schwinden

Die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihre Konjunkturprognose für Deutschland in ihrer Gemeinschaftsdiagnose vom Herbst 2019 deutlich nach unten korrigiert. Gründe für die schwache Entwicklung sind die nachlassende weltweite Nachfrage nach Investitionsgütern, auf deren Export die deutsche Wirtschaft spezialisiert ist, politische Unsicherheiten und strukturelle Veränderungen in der Automobilindustrie. Die Finanzpolitik stützt hingegen die gesamtwirtschaftliche Expansion. Die zukünftige Entwicklung ist stark davon abhängig, ob die Handelskonflikte gelöst werden können und wie der Brexit ausgestaltet wird.

Die Konjunktur in Deutschland hat sich 2019 weiter abgekühlt. Im 2. und 3. Quartal 2019 dürfte die Wirtschaftsleistung geschrumpft sein. Seit Einsetzen des Abschwungs zur Jahreswende 2017/2018 ist nunmehr ein Großteil der zuvor recht deutlichen Überauslastung der Produktionskapazitäten abgebaut. Die Gründe hierfür sind in erster Linie in der Industrie zu suchen. Dort ist die Produktion seit Mitte des vergangenen Jahres rückläufig, da sich die Nachfrage insbesondere nach Investitionsgütern in wichtigen Absatzmärkten abgeschwächt hat. Allmählich strahlt die Industrie rezession auch auf die unternehmensnahen Dienstleister aus. Die Institute erwarten für 2019 einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 0,5% und damit um 0,3 Prozentpunkte weniger als noch im Frühjahr 2019. Für 2020 wird der Zuwachs ebenfalls schwächer eingeschätzt, auf 1,1% nach noch 1,8% im Frühjahr (vgl. Tabelle 1). Eine Konjunkturkrise mit einer ausgeprägten Unterauslastung der deutschen Wirtschaft ist somit trotz rückläufiger Wirtschaftsleistung im 2. und 3. Quartal 2019 nicht zu erwarten, wenngleich die konjunkturellen Abwärtsrisiken derzeit hoch sind.

Welthandel durch Konflikte belastet

Der Warenhandel ist bereits seit Herbst 2018 rückläufig. Seit Jahresanfang stagniert die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe global, in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist sie sogar gesunken. Dem stehen allerdings weiterhin deutlich expandierende Dienstleistungen gegenüber. Dies ist auf eine vielerorts robuste Konsumgüternachfrage zurückzuführen. Die privaten Haushalte profitieren von kräftigeren Lohnzuwächsen und der guten Arbeitsmarktlage, denn die weltweite Beschäftigung hat trotz der schwachen Produktionsentwicklung in der Industrie auch zuletzt noch zugelegt. Der Rückgang des Welthandels und der Abschwung im Verarbeitenden Gewerbe dürften vor allem eine Folge der von den USA ausgehenden handelspolitischen Konflikte sein. Insbesondere reduzierte der Konflikt zwi-

schen den USA und China den Warenaustausch zwischen diesen beiden Ländern drastisch. Von Januar bis Juli 2019 fielen die US-Ausfuhren nach China gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 18%, die chinesischen Ausfuhren in die USA um 12%. Dies wirkt sich auch auf Drittstaaten aus. Zudem leidet der innereuropäische Handel unter den Wirren um den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union.

Die Handelskonflikte belasten die Weltwirtschaft auch dadurch, dass sie die politischen Rahmenbedingungen für den Außenhandel unsicher machen. Unsicherheit dämpft die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. So hat sich

Dr. Claus Michelsen leitet die Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin.

Prof. Dr. Oliver Holtemöller ist stellvertretender Präsident und leitet die Abteilung Makroökonomik am Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle.

Prof. Dr. Torsten Schmidt ist stellvertretender Leiter des Kompetenzbereichs „Wachstum, Konjunktur, Öffentliche Finanzen“ am RWI Essen.

Prof. Dr. Stefan Kooths ist Leiter des Prognosezentrums am Institut für Weltwirtschaft in Kiel.

Prof. Dr. Timo Wollmershäuser ist stellvertretender Leiter des ifo Zentrums für Makroökonomik und Befragungen in München.

Tabelle 1
Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Reales Bruttoinlandsprodukt (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	2,2	2,5	1,5	0,5	1,1	1,4
Erwerbstätige im Inland in 1000 Personen	43 655	44 248	44 854	45 237	45 359	45 521
Arbeitslose in 1000 Personen	2 691	2 533	2 340	2 276	2 315	2 262
Arbeitslosenquote der Bundesagentur für Arbeit ¹ in %	6,1	5,7	5,2	5,0	5,1	4,9
Verbraucherpreise ² (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,5	1,5	1,8	1,4	1,5	1,5
Lohnstückkosten ³ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,2	1,2	2,5	3,5	1,6	1,4
Finanzierungssaldo des Staates ⁴						
in Mrd. Euro	37,1	40,3	62,4	52,1	22,9	4,0
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	1,2	1,2	1,9	1,5	0,6	0,1
Leistungsbilanzsaldo						
in Mrd. Euro	265,5	261,9	245,0	245	229	221
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	8,5	8,1	7,3	7,1	6,5	6,1

¹ Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit). ² Verbraucherpreisindex (2015 = 100). ³ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. ⁴ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2019 bis 2021: Prognose der Institute. © GD Herbst 2019.

die Dynamik der Investitionstätigkeit in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften in den vergangenen Quartalen deutlich abgeschwächt. Die erhöhte Unsicherheit belastet dabei insbesondere die Industrieproduktion und den Welthandel. Auch die gegenwärtigen Probleme der Automobilbranche schlagen auf den internationalen Handel durch. Neben zyklischen Faktoren rückt in vielen Ländern der Übergang zu neuen Antriebstechniken verstärkt in die öffentliche Debatte. Dies könnte zu einer geringeren Dynamik bei den Käufen von Autos mit Verbrennungsmotor beigetragen haben. Zudem liefen in China 2018 die Steuerermäßigungen auf Pkw-Käufe aus.

Viele Zentralbanken reagierten auf die konjunkturelle Abschwächung mit einer Wiederaufnahme oder einer Ausweitung expansiver geldpolitischer Maßnahmen. Für die kommenden Quartale ist mit weiteren geldpolitischen Impulsen zu rechnen. Die expansivere Geldpolitik ließ die kurzfristigen Zinsen fallen, und der Rückgang der langfristigen Renditen setzte sich fort. Auch die Finanzpolitik bleibt weltweit tendenziell expansiv ausgerichtet.

Die weltweite Stimmung im Verarbeitenden Gewerbe hat sich insgesamt weiter eingetrübt, und die Auftragseingänge sind weiter gesunken. Die Handelsbeschränkungen zwischen den USA und China sowie die Unsicherheit über die Einführung weiterer Zölle dämpfen den Außenhandel und beeinträchtigen die Investitionsbereitschaft. Die gleiche Wirkung hat die Unsicherheit über den EU-Austritt Großbritanniens. Zudem werden die positiven Impulse der US-

Steuerreform 2019 größtenteils auslaufen. Auf der anderen Seite sind die Unternehmen in den Dienstleistungssektoren weiterhin vielfach optimistisch. Das Konsumentenvertrauen ist in den meisten Ländern immer noch recht hoch, auch weil die Einkommen nach wie vor deutlich zunehmen. Der expansive Kurs der Geldpolitik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften stützt die Konjunktur nicht nur dort, sondern senkt die Finanzierungskosten und erweitert die wirtschaftspolitischen Spielräume auch in vielen Schwellenländern.

Die Deutsche Industrie befindet sich in der Rezession; ihre Produktion ist seit gut eineinhalb Jahren rückläufig. Hierfür gibt es mehrere Ursachen: Angesichts der noch im Frühjahr 2018 sehr stark ausgelasteten Kapazitäten war ein Nachlassen der Dynamik bereits angelegt. Zudem trifft die weltweite Schwächephase in den Industriebereichen Deutschland als wichtigen Produzenten von Investitionsgütern besonders stark. So ist im Kraftfahrzeugbau die Produktion seit Mitte 2018 um über 20 % eingebrochen. Dazu beigetragen haben dürfte allerdings auch der Technologiewandel auf dem globalen Automobilmarkt. Erst mit einer allmählichen Erholung des Exportgeschäfts zum Jahresbeginn 2020 ist auch mit einer Belebung der Investitionstätigkeit zu rechnen.

Ausblick

Gestützt wird die Konjunktur im Prognosezeitraum von der Finanzpolitik, und auch die Geldpolitik bleibt akkomodierend. 2019 liegt der finanzpolitische Impuls bei 0,6 % in Re-

lation zum Bruttoinlandsprodukt, im kommenden Jahr bei 0,5 % und im Jahr 2021 voraussichtlich erneut bei 0,6 %. Beschlossen wurden beispielsweise Mehrleistungen der Rentenversicherung, Kindergelderhöhungen, aber auch Entlastungen bei der Einkommensteuer. Im Jahr 2021 schlägt vor allem die teilweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags zu Buche. All dies stützt die Kaufkraft und damit den Konsum der privaten Haushalte. Ebenfalls aufgestockt werden die Investitionsausgaben des Staats. Davon und von der durch günstige Finanzierungsbedingungen angetriebenen Nachfrage des Privatsektors profitiert insbesondere die Bauwirtschaft.

Die Dynamik auf dem Arbeitsmarkt ließ zuletzt deutlich nach. Der Beschäftigungsaufbau hat sich merklich verlangsamt, wobei die Industrie zuletzt sogar Stellen abgebaut hat. Auch die Beschäftigungsabsichten der Unternehmen haben sich eingetrübt. Dennoch kann mit einem wenn auch verhaltenen Aufbau der Beschäftigung gerechnet werden, denn die Zahl der offenen Stellen ist weiterhin hoch und die Zahl der Erwerbspersonen steigt. Die Arbeitslosenquote nimmt erstmals seit zehn Jahren wieder leicht zu. Die insgesamt aber immer noch gute Arbeitsmarktlage lässt die effektiven Stundenverdienste in diesem Jahr noch etwas kräftiger steigen als im Vorjahr, im weiteren Prognosezeitraum ist aber mit einer etwas langsameren Gangart zu rechnen. Da die Verbraucherpreise weiter moderat in der Größenordnung um 1,5 % zulegen dürften, wird die reale Kaufkraft der privaten Haushalte im Prognosezeitraum um rund 1,5 % jährlich steigen.

Die 2019 mit rund 50 Mrd. Euro beträchtlichen Haushaltsüberschüsse des Staates werden in den kommenden beiden Jahren rasch abgebaut. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt sinkt der Finanzierungssaldo von 1,5 % in diesem Jahr auf rund 0,2 % im Jahr 2021 (rund 4 Mrd. Euro). Die finanzpolitischen Spielräume sind damit weitgehend ausgeschöpft.

Erhebliche Risiken bei einem ungeordneten Brexit

Für die Konjunktur hierzulande stellt der Brexit ein erhebliches Risiko dar. Die künftigen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union sind weiterhin unklar. Die Wahrscheinlichkeit eines harten Brexits, also eines Austritts des Vereinigten Königreichs ohne Abkommen, ist unter der seit Juni 2019 neu aufgestellten britischen Regierung deutlich gestiegen.

Ein harter Brexit würde bedeuten, dass weder der Austrittsvertrag noch die politische Erklärung über die zukünftigen Beziehungen Bestand hätten. In diesem Fall würden wohl unmittelbar die grundlegenden Zollregelungen der Welthandelsorganisation (WTO) in Kraft treten, sodass Zölle auf

einen Großteil der zwischen der EU und Großbritannien gehandelten Waren fällig würden. Daneben dürften notwendig werdende Grenzkontrollen den Handel zwischen beiden Wirtschaftsräumen erheblich belasten. Eine wahrscheinliche zusätzliche Abwertung des britischen Pfunds würde die Einfuhrpreise im Vereinigten Königreich zudem deutlich erhöhen. Zwar würde der niedrigere Außenwert auch die Preise für britische Exporte im Ausland verringern, die Nachfrage hiernach dürfte aufgrund der hohen Unsicherheit mit Blick auf die Handelsbeziehungen und der anfallenden Zölle jedoch ebenfalls einbrechen. Auch die Investitionstätigkeit im Vereinigten Königreich dürfte unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen werden, da mit einer Abwanderung von heimischen und ausländischen Investoren in andere Regionen zu rechnen wäre. Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt sowie eine im Zuge der Abwertung deutlich steigende Inflation dürften die real verfügbaren Einkommen stark schmälern. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass infolge der Verunsicherung der Haushalte die Sparquote steigt und den Konsum zusätzlich belastet.

Allerdings dürften die von der EU und der britischen Regierung bereits angekündigten kurzfristigen Notfallmaßnahmen die größten Verwerfungen eines harten Brexits eindämmen, sofern sie von beiden Seiten umgesetzt werden.¹ Auch von der britischen Geld- und Finanzpolitik sind expansive Maßnahmen zu erwarten, um die Folgen eines harten Brexits abzufedern. Allerdings dürften die Möglichkeiten der britischen Notenbank für expansive geldpolitische Impulse aufgrund ihres auf Preisstabilität ausgerichteten Mandats begrenzt sein, sofern die Inflation im Zuge eines harten Brexits stark ansteigt.

Ein harter Brexit würde mit einem Rückgang der britischen Importnachfrage einhergehen. Die Folgen eines solchen Rückgangs wurden auf Basis vektorautoregressiver Modelle² (VAR-Modelle) für einzelne Länder des Euroraums und im Rahmen eines internationalen Konjunkturmodells geschätzt.³ Hierbei wird ein hypothetischer Verlauf der britischen Importe im Falle eines harten Brexits aus einer Szenarienanalyse des National Institute of Economic and Social Research (NIESR) verwendet.⁴ Dem VAR-Modell zufolge fallen die Expansionsraten im Euroraum in den Jahren 2020

1 Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Konjunktur deutlich abgekühlt – Politische Risiken hoch, Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2019, Halle (Saale), Kasten 1.1, 18.

2 Vgl. C. Michelsen et. al.: Weltwirtschaft und Euroraum: Unsicherheiten lasten auf Außenhandel und Industrie: Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Herbst 2019, in: DIW Wochenbericht, Nr. 37, 2019.

3 Unter anderem über Vorleistungsbeziehungen sind auch negative Effekte auf Länder außerhalb der EU zu erwarten, vgl. H.-U. Brautzsch, O. Holtemöller: Potential International Employment Effects of a Hard Brexit, IWH Discussion Paper, Nr. 4/2019.

4 Vgl. A. Hantzsche, G. Young: Prospects for the UK Economy, Box A, National Institute Economic Review, 2019.

Tabelle 2

Effekte eines harten Brexits auf das Bruttoinlandsprodukt

Abweichungen gegenüber Basisprognose für das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in %

	Internationales Konjunkturmodell		VAR-Modelle	
	2020	2021	2020	2021
Euroraum	-0,2	-0,3	-0,2	-0,2
Deutschland	-0,3	-0,4	-0,4	-0,3
Frankreich	-0,2	-0,4	0	0,3
Italien	0	0,1	-0,3	-0,2
Spanien	0	0	0	-0,4
Niederlande	-0,2	-0,5	-0,3	-0,3
Irland	-0,9	-0,6		

Quelle: Berechnungen der Institute.

und 2021 um jeweils 0,2 Prozentpunkte niedriger aus als in der Basisprognose (vgl. Tabelle 2). Hierbei werden sowohl der direkte Rückgang der Exporte in das Vereinigte Königreich, als auch Effekte über Drittländer berücksichtigt. Dabei zeigt sich, dass vor allem die industrie- und/oder exportorientierten Länder, allen voran Deutschland, aber auch Italien und die Niederlande, von einem harten Brexit besonders betroffen wären. Gemäß diesen Berechnungen käme es aber nicht zu einem dramatischen Konjunkturreinbruch im Euroraum.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt die Analyse mit einem internationalen Konjunkturmodell.⁵ Dabei wird die gesamte britische Nachfrage in einer Größenordnung geschockt, die dem zuvor beschriebenen Importrückgang entspricht. Neben den direkten Effekten auf die Konjunktur, die sich aus dem Rückgang des jeweils bilateralen Handels mit Großbritannien ergeben, können zahlreiche indirekte Effekte eines harten Brexits erfasst werden, unter anderem die Auswirkungen auf die Handelsbeziehungen der EU-Länder untereinander, auf die Preise und die Geldpolitik.

5 Vgl. A. Drygalla, O. Holtemöller, A. Lindner: Internationale Konjunkturprognose und konjunkturelle Szenarien für die Jahre 2018 bis 2023, IWH Online, Nr. 1/2019, Halle (Saale) 2019.

Unsicherheit dämpft Konjunkturaussichten zusätzlich

Ein ungeordneter Brexit hätte neben realen Handelsbarrieren wohl auch eine erhebliche Verunsicherung der Unternehmen und privaten Haushalte zur Folge. Nach einem harten Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union bleibt weiterhin unklar, wie die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und Großbritannien zukünftig ausgestaltet sein werden. Möglich ist, dass dies zu einem deutlichen Anstieg der Unsicherheit über zukünftige Rahmenbedingungen führen würde. So wären diese beispielsweise für den Dienstleistungsverkehr oder zu Produktstandards weitestgehend unklar. Infolgedessen dürften sich Unternehmen und Verbraucher vorerst mit größeren Anschaffungen zurückhalten. Dies würde sich entsprechend negativ auf die Investitionstätigkeit und den privaten Konsum auswirken.

Die Folgen der Unsicherheit⁶ auf die realwirtschaftliche Aktivität im Euroraum können ebenfalls auf Grundlage von VAR-Modellen geschätzt werden. Die Ergebnisse zeigen, dass durch eine Erhöhung der politischen Unsicherheit um eine Standardabweichung – dies entspricht in etwa der Größenordnung zusätzlicher Verunsicherung zum Zeitpunkt der Verschiebung des Brexits – die Expansionsrate im Euroraum in den Jahren 2020 und 2021 um jeweils rund ein Zehntel von einem Prozentpunkt niedriger ausfällt. Die Handelseffekte und Unsicherheitseffekte sind nicht vollkommen unabhängig voneinander und dürfen nicht einfach addiert werden. Diesen Ergebnissen zufolge hätte ein ungeordneter Brexit durchaus erhebliche negative Konsequenzen für die Konjunktur in Deutschland.

Dies gilt für eine Situation, in der mit einem harten Brexit weitere wirtschaftspolitische Unsicherheit erzeugt wird. Die Persistenz eines solchen Unsicherheitschocks ist allerdings nicht geklärt. Sollten schnell Übergangslösungen auch für den Handel gefunden werden, könnten die negativen Konsequenzen deutlich geringer ausfallen. Dies gilt in gleichem Maße auch für die Frage nach den Perspektiven im Handelskonflikt zwischen den USA und China. Sollten sich die Unstimmigkeiten auflösen, dann ist auch mit einer stärkeren Expansion der weltweiten Konjunktur zu rechnen.

6 Gemessen in wirtschaftspolitischer Unsicherheit nach S. R. Baker, N. Bloom, S. J. Davis: Measuring economic policy uncertainty, in: The quarterly journal of economics, 131. Jg. (2016), H. 4, S. 1593-1636.

Title: Industry in Recession – Growth Forces Dwindle

Abstract: The leading German economic research institutes have revised their economic forecast for Germany significantly downwards. The reasons for the weak development are the declining global demand for capital goods, which the German economy specialises in exporting, political uncertainty and structural changes in the automotive industry. Fiscal policy, on the other hand, is supporting macroeconomic expansion. Future development depends to a large extent on whether the trade conflicts can be resolved and how Brexit is structured.

JEL Classification: E32, E66, F01